

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd II/23

Hannover, 18. März 1947 - Bl. 1

Von der kommenden Deutschen Republik Richtlinien und Vorschläge der SPD

Durch die Beschlüsse des Parteivorstandes der SPD vom 14. März ist über viele wichtige Fragen des deutschen Neubaus recht gründliche Klarheit geschaffen worden. In den Grundzügen lag das Programm der Partei seit langem fest. Zumindesten war das in allen dringenden Fragen der gegenwärtigen deutschen Not der Fall. Jetzt hat man in Hannover auch Näheres über die Gedanken erfahren, wie nach sozialdemokratischer Vorstellung die kommende Deutsche Republik verfassungsrechtlich aussehen sollte. Die Einstellung der Partei ist deshalb von allgemeinem Interesse, weil sie einen führenden Anteil an diesem Werk der politischen Erneuerung haben wird. Mit diesen Gedankengängen und Vorschlägen wird sich jedermann auseinandersetzen haben, der politisch tätig sein will, und sei es nur durch seine Stimmabgabe bei der Wahl.

Es ist bezeichnend, daß am Anfang der "Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik" die Forderung steht, daß die Verfassung dieser Deutschen Republik die Möglichkeit einer künftigen Zugehörigkeit Deutschlands zu einem europäischen Staatenbund zu berücksichtigen habe, das heißt, sie soll Bestimmungen enthalten, die es ermöglichen, durch Reichsgesetz Hoheitsrechte im Rahmen internationaler Vereinbarungen an internationale Institutionen zu übertragen. Es wird also von vornherein die Möglichkeit von Souveränitätsbeschränkungen ins Auge gefaßt. Hier liegt der Einwand nahe, daß es für ein so gründlich geschlagenes Volk wie das deutsche billiger sei, eine Politik der Absage an jeden nationalen Egoismus zu fordern, für einen Staat zuden, der bis zu seinem Zusammenbruch geradezu die Verkörperung des maßlosesten staatlichen Machtprinzips darstellte. Die deutsche Sozialdemokratie macht keineswegs aus der Not eine Tugend, das bezeugt ihre Geschichte. Wohl aber will sie entschlossen daran arbeiten, ein besseres Prinzip an die Stelle eines schlechten zu setzen. Sie kann das auch als Partei mit gutem Gewissen tun, weil sie nie jenem anderen bösen Prinzip gehuldigt hat. Mit aller Kraft wird sie dafür sorgen, daß der kommende deutsche Staat mit seinem Vorgänger nichts gemein haben soll. Wir können nicht erwarten, daß solche Versicherungen, so ernst sie gemeint sind, ohne weiteres und überall vorbehaltloses Vertrauen begegnen. Aber wir dürfen nicht müde werden, um dieses Vertrauen zu werben und alles fern zu halten, was diesen Entwicklungsprozeß behindern oder unmöglich machen könnte. Es paßt gut in den Rahmen dieser Bemühung, daß schon in der künftigen deutschen Verfassung der Krieg als Mittel der Politik geächtet werden soll.

Erst nach dieser Klärung des staatsrechtlichen Verhältnisses Deutschlands zur internationalen Umwelt, so weit es einmal von deutscher Seite aus geregelt werden können, wird die Frage des eigentlichen deutschen Staatsaufbaus behandelt.

Das Bild, das hier entworfen wird, gruppiert sich um die Begriffe: Bundesstaat, Zweikammersystem, Freiheit der Persönlichkeit, Toleranz, Dreiteilung der Gewalten und gemeindliche Selbstverwaltung. Das klare Bekenntnis zu einem Bundesstaat ist in einem sozialdemokratischen Programm gewiß besonders bemerkenswert. Es ist ein Bekenntnis zum politischen Realismus. Wesentliche Bestandteile der alten Vorstellungswelt werden auch in das neue Programm übernommen: die Einheit Deutschlands bleibt der beherrschende Gesichtspunkt. Denn, so heißt es: "die Verfassungen der Länder dürfen nichts enthalten, was der Reichseinheit entgegenstehen kann". Daher haben die Länderverfassungen einen Vorbehalt aufzunehmen, daß Reichsrecht Länderrecht bricht. Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung haben diesen Grundsätzen zu folgen. Die weiteren Forderungen nach einem aus allgemeinen, gleichem, unmittelbarem und geheimem Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag und nach einer nach den gleichen Grundsätzen gewählten Nationalversammlung als der Schöpferin einer künftigen Verfassung, wirken in diesem Zusammenhang fast schon als Selbstverständlichkeiten, ebenso wie die Absage an einen Staatenbund, der als Anachronismus gewertet wird.

Es ist vielleicht gut, an dieser Stelle zu sagen, was über den Aufbau der Länder festgestellt wird: "Die augenblicklichen Ländergrenzen können nur als vorläufige angesehen werden.... Die Aufgliederung der deutschen Republik soll einen sinnvollen Ausgleich der Länder untereinander herbeiführen und die Hegemonie eines einzelnen Landes ausschließen. Die Länder sollen Gebiete umfassen, die kulturell, wirtschaftlich und verkehrstechnisch eine möglichst geschlossene Einheit bilden. Sie müssen genügend groß sein, um eine eigene innere Tragfähigkeit zu besitzen und um den ersten Ausgleich in sich selbst vollziehen zu können...."

Besonders aufschlußreich für den Geist, in dem diese Richtlinien aufgestellt sind, ist die Forderung nach einem Reichsrat als einer Art zweiter Kammer. Seine Mitglieder sollen von den Landtagen gewählt werden. Sie sollen nicht zugleich Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages sein. Dieser Reichsrat wäre an der Gesetzgebung und an der Aufstellung des Reichshaushaltes zu beteiligen. Ihm stünde gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ein Einspruchsrecht zu, das aber nur aufschiebende Wirkung haben würde. Die Bildung weiterer und insbesondere ständischer Organe oder Einrichtungen, wie des ehemaligen Reichswirtschaftsrates, wird abgelehnt. Die Amtszeit des Präsidenten der Deutschen Republik - die Bezeichnung, durch die man das Wort "Reich" ersetzt hat, wie es sich vielleicht empfehlen würde, einen Volkstag an die Stelle des Reichstages, eine Bundesregierung an die Stelle des Reichsrates zu setzen - soll nach dem Entwurf mindestens zwischen der einfachen oder doppelten Legislaturperiode des Reichstages liegen. Schließlich: Die Reichsregierung bedarf des Vertrauens des Reichstages und ein Mißtrauensvotum dürfte nur dann zum Rücktritt der Regierung führen, wenn binnen einer bestimmten Frist eine neue Regierung gebildet wird.

Die Verfassung soll keine Bestimmungen über ein Notstandsrecht enthalten, das dem Parlament gestatten würde, sich unter bestimmten Voraussetzungen der politischen Verantwortung zu entziehen. Verfassungstreitigkeiten und Ministeranklagen wären durch einen Staatsgerichtshof zu ordnen. Das sind, wie man sieht, fest umrissene, klare Forderungen, die bereits weit über die Festlegung von Grundsätzen hinausgehen und auf das Gebiet des konkreten Verfassungsinhaltes vorstoßen, während die Gedanken über die Verankerung der Grundrechte und -pflichten eines jeden Deutschen nur die Wiedergabe der bekannten sozialdemokratischen Auffassung über das Verhältnis von Einzelpersönlichkeit und Staat darstellen, dessen Kern in dem Satz besteht "Es ist die Aufgabe des Staates, dem Menschen zu dienen".

Damit ist das Wesen der Vorschläge zum Verfassungsthema wiedergegeben. Die Konzeption ist, wie man sieht, von dem Willen bestimmt, einen gesunden, lebensfähigen Ausgleich zwischen den Extremen eines weiteren

Zerfalls und, auf der anderen Seite, eine Ueberschätzung der staatlichen Macht zu suchen. Die Sozialdemokratie ist von der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Weges überzeugt. Sie wird in dieser Überzeugung nur bekräftigt werden, wenn, was zu erwarten ist, eben von diesen extremen Seiten, von verkappten Partikularisten wie von den Anbetern einer allein-seligmachenden staatlichen Allmacht, Vorwürfe der gleichen Art, aber mit umgekehrtem Vorzeichen erhoben werden, man sei auf halbem Wege stehen geblieben. In Wahrheit ist die Sozialdemokratie mit diesen Richtlinien auch auf diesem Gebiet ihrem Grundsatz treu geblieben, sich vor jeder unfruchtbaren Ueberschätzung eines im Kern vielleicht verlässigen Prinzips zu hüten und der Wirklichkeit vor jedem Lehrsatz den Vorrang zu geben.

(m/1/183/1/hs)

Glosse:

Christliche Demokratie in Waffen

In der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands war kürzlich noch einmal Gelegenheit geboten, versteckte Waffen abzugeben, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden, daß man sie früher nicht hergegeben hatte, obwohl es die Obrigkeit verlangte. Es wurden jetzt, 1947, hergegeben: Drei Panzer, jawohl, Panzer, 22 Geschütze (in Buchstaben: Geschütze), 30 Maschinengewehre, 31 Maschinenpistolen, 117 Panzerfäuste, 191 Handgranaten, 411 Geschützgranaten und Bomben, 1520 Militärgewehre, 1833 Revolver und Pistolen, 1362 Seitengewehre und 3648 Säbel, Dolche und feste Messer. Dies wurde allein in Bayern abgegeben, in der Hochburg der CSU.

Glaubt jemand, daß dies alle, restlos alle in Bayern versteckt gehaltenen Waffen waren? Manch einem echten Bajuwaren mag, als er diese Nachricht in seinen Zeitungen las, mehr als eine Träne der Erbitterung und Wut über den stoppeligen Bart geflossen sein, daß diese depperten Leut so schwachnervig waren und die gute echte bayerische Bewaffnung so empfindlich schmälerten. Wer weiß denn, für welche Zwecke sie noch einmal nützlich sein könnten! Irgendwie muß es doch jeder echte Bayer im Blut haben, daß einmal wieder der Tag kommt.

Welch ein Geist wird durch diese Nachricht gekennzeichnet! Ob die Panzer, die Geschütze, die Maschinengewehre so versteckt waren, daß kein Nachbar etwas wußte? Alle hatten bisher geschwiegen! Also doch weiter wie ehedem: Heimliche Bewaffnung, heimliche Hoffnung auf einen neuen Schlag? Werden wir nun auch wieder wie ehedem des Landesverrats bezichtigt werden? Gegen diesen Geist der Heimtücke und des Verrates der wahren Deutschen Interessen ist der schärfste Kampf zu führen. Deutschlands wahre Interessen verlangen Ehrlichkeit gegenüber den Mächten, zu denen wir ein neues Verhältnis des Vertrauens begründen wollen und müssen, um unseres Lebens willen. Sie verlangen, daß wir uns mit allem, was wir haben und sind, dem Frieden zuwenden und der Gewalt abschwören. Sie verlangen guten und nicht bösen Willen. Sie verlangen das auch von denen, die sich christliche Demokraten nennen.

(m/2/183/1/hs)

Europas Zukunft: Raum ohne Volk?

Dr. W. H. Deutschland hatte 1933 eine Bevölkerungszahl von 66 Millionen. Trotz der schrecklichen Verluste des vergangenen Krieges zählt man im deutschen Raum jetzt wieder über 65 Millionen Einwohner und wird nach Heimkehr aller Kriegsgefangenen ca. 70 Millionen beherbergen müssen. Deutschland gehört damit zu den dichtest besiedelten Ländern der Welt und ist in Europa zahlenmäßig das größte Volk (mit Ausnahme Rußlands) geblieben. In einem Kommentar, der im "Observer" erschien, bemerkte William Beveridge: "Wenn es im Krieg darauf ankommt zu töten, so hat Deutschland den zweiten Weltkrieg nicht verloren, sondern gewonnen!"

Solche spekulativen Ansichten über den angeblichen bevölkerungspolitischen "Sieg" Deutschlands lassen sich leicht als Fehlurteile entziffern. Zwar wurden Millionen ehemaliger Auslandsdeutscher in den letzten Jahren Deutschland eingegliedert. Auch die vorübergehende Geburtenzunahme während der Jahre 1934-1939 steht außer Frage. Trotzdem geben die soziologischen Berechnungen ein erschütterndes Zukunftsbild Deutschlands und damit auch Europas. Sie ergeben zwar, daß die deutsche Gesamtbevölkerung (im Reichsgebiet vom 1. Jan. 1938) in der Zeit von 1939 - 43 um rund 1.6 Millionen Menschen gewachsen wäre - wenn es keine Kriegsverluste gegeben hätte. Jedoch stellt den Hauptanteil an diesem Zuwachs die ältere Generation. Das durchschnittliche Alter des Deutschen hat sich erhöht. Es gibt viel mehr alte Leute. Der Anteil der 14 - 20 Jährigen sowie der 25 - 30 Jährigen an der Gesamtbevölkerung fiel dagegen in 4 Jahren um 3.6 %. Auch wenn die Kriegsverluste unberücksichtigt bleiben, ergeben die Berechnungen, daß sich die Zahl der erwerbsfähigen Männer, die 40 Jahre alt oder jünger sind, zwischen 1939 - 43 um eine Million verringerte. Der Anteil der Greise (über 65 Jahre) an der Gesamtbevölkerung hat sich in der gleichen Zeit verdoppelt. Trotz der Eingliederung der Auslandsdeutschen und trotz der vorübergehenden Geburtenzunahme lag der Anteil der Jugendlichen bis zu 20 Jahren unter dem Niveau von 1910.

Hinzu kommen noch die Verluste des Krieges. An Gefallenen verloren wir nach roher Schätzung ungefähr 4 Millionen. 2,7 Millionen sind Schwerverletzte, die einer lebenslänglichen Pflege bedürfen und infolgedessen als vollwertige Arbeiter nicht mehr in Betracht kommen. Rund eine Million Zivilisten wurden durch die Bombenangriffe getötet. Damit verlor Deutschland über 10 % seiner Bevölkerung. Andererseits erhöhte sich der Frauenüberschuß in den letzten 6 Jahren von 1.5 auf 4.5 Millionen. Das will heißen, daß unter 1.000 heiratsfähigen Leuten im Alter von 18 bis 40 Jahren jeweils 262 Frauen ohne Männer bleiben müssen. Eine weitere Gefahr, die uns in diesem Zusammenhang nachdenklich stimmen sollte, bildet die derzeitige Kindersterblichkeit, die normalerweise 20 - 40 % beträgt. Bei Flüchtlingsbabies rechnet man bis zu 100 % (1943 betrug die Kindersterblichkeit noch 7.2 %). Alle diese niederschlagenden Ziffern sind einwandfrei belegt.

Was bedeuten diese Ziffern für den Bestand Europas? Nicht Deutschland allein hat unter dem letzten Krieg schwer gelitten. Nicht nur die deutsche Bevölkerung ist gerade der für die Zukunft eines Staates wichtigsten Generation beraubt worden. Das unter chronischem Geburtenrückgang leidende Frankreich sucht zwei Millionen Einwanderer, um seine Industrie und Landwirtschaft auf der alten Höhe zu halten. Polen verlor eine Generation. In den Balkanländern, vor allem in Jugoslawien, das einen 10 %igen Menschenverlust während des vergangenen Krieges zu beklagen hat, leerten sich die Heime. 15 Millionen Europäer fanden im Krieg den Tod!

Das Angebot junger Arbeitskräfte schwindet von Jahr zu Jahr. Von 22 Millionen Arbeitsfähigen überlebten in Deutschland 16.7 Millionen den Krieg. Deutschland verlor dadurch fast 1/4 seiner arbeitenden Hände. Der Anteil der Industriearbeiter an der erwerbsfähigen deutschen Bevölkerung gemessen, ist seit 1939 um 9.3 % gesunken. In den anderen europäischen

Ländern kämpft die Industrie um die lebensnotwendige Beschaffung von Arbeitskräften. England zahlt seinen Arbeitern höhere Löhne und Sonderprämien und will 100.000 Verschleppte aufnehmen, um wenigstens den unbedingt erforderlichen Arbeitsgang zu gewährleisten. In Frankreich werden Italiener und Polen als Arbeiter mit offenen Armen empfangen. 700.000 deutsche Kriegsgefangene möchte man am liebsten dort behalten und ihnen in Frankreich ein neues Heim geben.

Die Bilanz zeigt einwandfrei, daß Europa sich auf dem Abstieg befindet, zuerst bevölkerungsmäßig, dann wirtschaftlich und politisch. Europa ist dabei, seine einst in der Welt beherrschende Stellung zu verlieren. Die jungen Völker in West und Ost: Amerika und Sowjetrußland bereiten sich vor, das europäische Erbe anzutreten. Unter diesen Vorzeichen ist es u.B. sinnlos, wenn die europäischen Staaten - gegenseitig mit Mißtrauen erfüllt - noch weiter auf Machtstellung pochen. Der kluge Churchill sagte in seiner Züricher Rede: "Europa kann nur gesunden, wenn Deutschland und Frankreich sich die Hand zur Freundschaft reichen und sich die europäischen Nationen zu einem Staatenbund zusammenschließen!" Noch ist es Zeit dazu, noch besteht für das sterbende Europa eine letzte Chance, um sein Leben, seine Wirtschaft und seine Völker vor dem endgültigen Niedergang zu bewahren. Deutschlands Lage und seine bevölkerungspolitische Zukunft mag für ganz Europa eine ernste Mahnung sein. Die Zeit muß genutzt werden, soll nicht in einigen Jahrzehnten ganz Europa zum Raum ohne Menschen werden! -

Frankreichs Kommunisten einst und jetzt

Die kommunistische Partei Frankreichs gebärdet sich heute so nationalistisch, wie nach den vorigen Weltkriege die Rechtsparteien. Es gibt wenige Zeitungen, in denen das Wort "Boche" so häufig angewandt wird, wie in der kommunistischen "l'Humanité". Ob es sich um die Kriegsgefangenen, um die Reparationen, um die Gebietsabtrennungen, um die Ruhrkohle handelt - immer wird an die nicht gerade besten Instinkte der Massen appelliert. Der Grund für diese Haltung ist durchaus begreiflich, wenn man bedenkt, daß alle kommunistischen Parteien der Welt heute weniger die Interessen der Arbeiterklasse ihres Landes, als vielmehr die Außenpolitik der Sowjet-Union vertreten. Deshalb haben z.B. auch die französischen Kommunisten die Aufgabe übernommen, mit allen nur erdenklichen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß es im Westen Europas nicht zu erträglichen Zuständen kommt.

Wie gut die französischen Kommunisten auch gelegentlich "andersherum" können, zeigt ihre Haltung während des deutsch-russischen Nichtangriffsbündnisses in den Jahren 1939 und 1940. René Lefevre, ein französischer Sozialist gibt in der Broschüre "Die kommunistische Politik, Linie und Schwenkungen", über diese zweckbedingte und durch keine ideologische Bedenken geheimte Verantwortungslösung einer kommunistischen Partei Aufschluß.

Juli 1940 bis Juni 1941

Zusammenarbeit und Verbrüderung, das waren die Parolen der illegalen, natürlich von den Deutschen nicht konzessionierten "l'Humanité", die in ihrer Nummer vom 14. Juli 1940 zwei bedeutungsvolle Artikel veröffentlicht. Unter der Überschrift "Französische Arbeiter und deutsche Soldaten" hieß es u.a.: "In dieser Zeit des Unglücks ist es besonders ermutigend, zahlreiche Pariser Arbeiter auf der Straße und in der Kneipe an der Ecke in freundschaftlichen Gespräch mit deutschen Soldaten zu sehen. Bravo! Genossen, nur so weiter, auch wenn es gewissen, ebenso dummen wie böswilligen, Bürgern nicht paßt." An anderer Stelle verlangte das Blatt "energische Maßnahmen gegen all die, die auf Befehl des imperialistischen England die Franzosen aufs neue in den Krieg führen wollen". Und ebenfalls im Juli 1941 schrieb dieselbe Zeitung unter dem Stichwort "Deutsch -

französische Verbrüderung":

"Die freundschaftlichen Gespräche zwischen Pariser Arbeitern und deutschen Soldaten mehren sich. Wir begrüßen es. Lernen wir uns gegenseitig kennen, und wenn man den deutschen Soldaten sagt, daß die kommunistischen Abgeordneten eingekerkert wurden, weil sie den Frieden verteidigten, wenn man ihnen sagt, daß es 1923 die Kommunisten waren, die gegen die Ruhrbesetzung protestierten, dann kämpft man für die deutsch-französische Verbrüderung".

Unterstützung der deutschen Propaganda

In einem anderen Flugblatt vom März 1941 und betitelt "Im Dienste des Volkes" forderten die kommunistischen Publizisten:

1. Die Aufnahme von brüderlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke, in Erinnerung an die von den Kommunisten geführte Bewegung des französischen Volkes gegen den Versailler Vertrag, gegen die Ruhrbesetzung, gegen die Unterdrückung eines Volkes durch ein anderes.
2. Abschließung eines Freundschaftspaktes und eines Wirtschaftsabkommens mit der UdSSR und die strenge Verfolgung einer Friedenspolitik, die es Frankreich gestattet, außerhalb des imperialistischen Konfliktes zu bleiben."

Anfang Juli des gleichen Jahres begann die kommunistische Partei die Verhandlungen mit den Deutschen, um die Legalisierung ihrer Partei und ihrer Presse zu erreichen, sowie die Wiedereinsetzung der kommunistischen Bürgermeister und die Entlassung aller verhafteten Kommunisten. Das konnte an sich ein taktischer Schachzug sein. Bezeichnend ist aber unter heutigem Aspekt die Begründung, in der sie sich auf ihre feindliche Haltung dem Versailler Vertrag gegenüber beriefen und ganz besonders auf den Kampf, den ihre Partei für das Deutsch-russische Bündnis und gegen den Krieg führt. Diese Begründung wird entwickelt und in hunderten von Flugblättern und Zeitungen und besonders in der Broschüre "Wir klagen an" veröffentlicht: In diesem Machwerk ist zu lesen:

"Die Dirigenten des Reiches haben dem deutschen Volk versichert, daß der Krieg ihnen von den Regierungen in London und Paris aufgezwungen wurde, und haben weiterhin erklärt, daß die deutsche Armee keinen anderen Feind hat, als die westliche Plutokratie. Sie behaupten ferner, daß sich Deutschland, seit dem 23. August 1939, freut, so gute nachbarliche Beziehungen zu Rußland zu unterhalten. Also antworten wir französ. Kommunisten: "Wenn es so ist, laßt den Erklärungen die Handlungen folgen. Tausende sind noch in den Gefängnissen und Lagern, weil sie gegen den Krieg gekämpft haben. Befreit sie! Die Stadtverwaltungen wurden abgesetzt, weil in ihnen entschiedene Gegner der französischen Plutokratie saßen. Setzt die Arbeiterstadtverwaltungen wieder ein! Die Zeitungen wurden verboten, weil sie für den deutsch-russischen Pakt eintraten. Gebt uns das Recht, die L'Humanité", "Ce Soir", "à l'Avant-Garde", "la Vie ouvrière", und die Zeitschrift "la Russie d'aujourd'hui" (kommunistische Zeitungen und Zeitschriften), wieder legal erscheinen zu lassen".

So schlugen die Kommunisten den deutschen Behörden eine Art Einheitsfront gegen all die französischen Parteien vor, die den Krieg gegen Deutschland zugestimmt hatten. Daß es nicht sehr weit damit kam, ist sicherlich nicht Schuld der kommunistischen Partei...

(b/A 12/1/183/1/hs)

Vor 17 Jahren das Ermächtigungsgesetz
Eine Erinnerung zum 23. März 1933

Nach dem 30. Januar brachte der 23. März 1933 die wohl einschneidendste Zäsur in der Geschichte des jungen Nationalsozialistischen Staates. An diesem Tage vollzog sich vor aller Welt und in aller Form der Übergang vom parlamentarischen Regime zur Diktatur. An diesem Tage legte die Regierung Hitler-Papen dem Rumpfreichtag (die Kommunisten, die bei den vorangegangenen Wahlen 81 Mandate erhalten hatten, waren nicht mehr vertreten) das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" vor. In den beiden wichtigsten Punkten sah es vor, dass "Reichsgesetze außer in dem von der Reichsverfassung vorgesehenem Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden können" und "daß die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze von der Verfassung abweichen können". Die bürgerlichen Parteien kapitulierten sämtlich, wenn auch unter mehr oder weniger kräftigen Vorbehalten zu. Konsequenz in der Ablehnung war nur die SPD. Für sie traf damals Otto Wels Feststellungen, die heute in der Rückschau von geradezu dramatischem Reiz sind. Er sagte u.a.:

"Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz ist. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung wird sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt..."

Die Herren von der nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern Trägerin sozialistischen Gedankengutes gewesen ist (Lachen bei den Nationalsozialisten) und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten). Eine erdrückende Mehrheit wäre ihnen in diesem Hause gewiß. Jeder von ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität (lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen bei den Nationalsozialisten).....

Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus (lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Kein Ermächtigungsgesetz gibt ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kräfte schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten, wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht (Lachen bei den Nationalsozialisten, Bravo bei den Sozialdemokraten) verbürgen eine hellere Zukunft (wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten, Lachen bei den Nationalsozialisten)."

KP umwirbt Severing

Es ist noch nicht lange her, da warf die KPD in Presse und Reden jeglichen Schmutz auf den ehemaligen Reichsminister des Innern Carl Severing. Man erinnert sich, er sollte ein Bekenntnis für Hitler abgegeben haben, so wurde unter anderem behauptet. Plötzlich wurde das Steuer heruntergeworfen, wie das bei der KPD üblich und ihrer Politik wesentlich ist. Carl Severing ist Reklamefigur geworden, seine Person ist jetzt ein Symbol der "Einheit der Arbeiterklasse". Er war nämlich auf einem Bezirksparteitag der KPD erschienen und hat dort ein Referat angehört, dann ging er wieder. Weil der Einigungsrummel der KPD keinen Anklang findet, ist jedes Mittel recht. Der Kreisverein Hanau der KPD ladet - um nur ein Beispiel zu nennen - die SPD zu der Kundgebung mit Pleck und Grotewohl in Frankfurt am Main ein. In dem Schreiben heißt es:

"Beispielgebend tritt der Genosse Carl Severing mit seinem gesamten Parteivorstand in Erscheinung auf dem Parteitag der KPD im Ruhrgebiet und gibt durch seine Haltung eine positive Erklärung zur Einheit der Arbeiterklasse".

Was ist geschehen? Carl Severing ist Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung "Freie Presse" in Bielefeld. Er trat mit dieser Arbeit trotz seines hohen Alters wieder in die vorderste Front der Funktionäre der Sozialdemokratie. Die KPD bekämpfte ihn und sagte in einem Rundschreiben eben des Bezirks, in dem Severings Zeitung erscheint, allen SPD-Funktionären den Kampf an. Um zu sehen und zu hören, was sie denn wirklich zu sagen hätten, ging er als Journalist, als Vertreter seiner Zeitung, die wie alle anderen eingeladen war, zu der Veranstaltung, fragte nach dem Priesstisch, setzte sich zu seinen Kollegen und ging wieder, als er den verantwortlichen Bezirkssekretär gehört hatte. Der hatte ihn, weil er einen Fischfang machen wollte, sogar durch eine Ermunterung zum Sprechen aufgefordert. Severing war als Journalist gekommen, zum Hören, zur Information, nicht als Parteivertreter. Er sprach nicht, er ging und schrieb. Auch als er einige Tage danach aufgefordert wurde, eine "Aktion" mit der KPD zu starten, hat er, wie es heute selbstverständlich erscheint, abgelehnt.

Das ist alles. Daraus macht die KPD "eine positive Erklärung zur Einheit" und will glauben machen, daß Severing ihre Bemühungen unterstützt. Weil die KPD anders nicht Anklang zu finden vermag, muß sie solche krummen Wege benutzen, um Versammlungen zu füllen und eine Einheitsstimmung zu erzeugen, die gar nicht vorhanden ist, weil die Voraussetzungen für eine politische Einheitsfront der Sozialisten in Deutschland fehlen. Der Vorgang ist ein sprechendes Zeichen der Schwäche der Position der KPD und dafür, daß die Parteiführung sich dieser Schwäche auch bewußt ist. Sie will die Arbeiter irreführen, unsicher machen, täuschen. Auf solchem Boden blüht kein Weizen, dort wächst nur Unkraut. Die Einigung der Arbeiterklasse ist nicht das Ziel der Politik der KPD, sondern politische Macht zu gewinnen, darum geht es. Eine Einheitspartei wäre eine Fassade, hinter der sich die Drahtzieher umso ungenierter als Funktionäre des Kommunismus betätigen würden - wie die SED in der Ostzone es bezeugt.

(m/1/183/1/hs)

C D U: Nur nicht das Volk fragen!

Mit den Stimmen und unter der Führung der CDU hat der Landtag in Nordrhein-Westfalen die Sozialisierung der entkartellisierten Betriebe abgelehnt. Die Aufforderung der SPD, das Volk nun selbst entscheiden zu lassen, ob es die Sozialisierung wolle oder nicht, lehnt die CDU ab. Warum? Fürchtet sie die Stimme eines Volkes, das über die Notwendigkeit einer neuen Wirtschaftsordnung in Deutschland aufgeklärt werden würde? Fürchtet sie gar, daß der Riß, der durch die eigene Partei geht und der durch die Abstimmung im Düsseldorfer Landtag nicht schmaler geworden ist, allen sichtbar und so breit werden würde, daß man ihn nicht mehr

mit faulen Kompromissen verkleistern kann?

Man gibt sich in der CDU zur Zeit große Mühe zu beweisen, daß der in Düsseldorf angenommene Antrag, der das Wort und den Begriff der Sozialisierung verfälscht, doch eine echte soziale Tat gewesen sei. Das geschieht, weil die Kritik aus den eigenen Reihen zu heftig geworden ist. Wie ließe sich auch zusammenbringen, was Adenauer in Düsseldorf und Jakob Kaiser in Berlin zu dieser für Deutschland dringlichsten Frage zu sagen wußten? Deutlicher als jemals zuvor ist zu spüren, daß die CDU die Nachfolgerin der Besitzparteien Hugenburgs und seiner in "Stahlhelm" und Harburger Front einst vereinten Gesinnungsgenossen geworden ist. Ihre Führung läßt darüber keinen Zweifel. Wie zum Beweise dessen wird jetzt bekannt, daß einer der führenden Männer der Deutschen Rechtspartei - der Name sagt über diese Partei alles - auf der Landesliste der CDU in Niedersachsen erscheint, Herr Arendt in Hildesheim. Sie finden sich immer wieder, die zueinander gehören und sie kennen auch den Weg, der zu ihrem gemeinsamen Ziel führt: Nur kein neues Deutschland! Zurück zu den heiligsten Gütern - das sind die eigenen! (m/1/183/1/hs)

--- --

Frankreich und das Saar-Statut

A.F., Paris, im März

Die französische Regierung, gestützt auf die Zustimmung sämtlicher Parteien, fordert bekanntlich die wirtschaftliche Angliederung des Saargebietes an Frankreich, d.h. Zollunion, gemeinsame Währung und Ueberführung der Kohlengruben in französischen Staatsbesitz.

Wenn über die wirtschaftlichen Forderungen Klarheit herrscht, so ist das politische Statut der Saar nach wie vor recht ungewiß. Ein offizieller Plan wurde bis jetzt hierüber weder veröffentlicht noch ausgearbeitet und selbst die verschiedenen, politischen Parteien haben dazu keine klare Stellung genommen.

Die Regierung und die öffentliche Meinung lehnen eine Annexion des Saargebietes ziemlich eindeutig ab. In einer seiner letzten Reden hat der Außenminister Bidault erneut erklärt, daß Frankreich aus den deutschen Saarländern keine Franzosen machen wolle. Man besteht aber andererseits auf der politischen Loslösung des Saargebietes von Deutschland. Inoffiziell denkt man an die Errichtung eines autonomen Staates unter französischer Kontrolle. Es würde sich praktisch um französisches Protektorat handeln, wie es bereits in Marokko und in Tunis besteht. Die Verwaltungsautonomie der Saarländer wäre auf lokale und kulturelle Angelegenheiten beschränkt.

Diese Lösung befriedigt jedoch auch in Frankreich nicht allgemein. Besonders in sozialistischen Kreisen möchte man nicht nur die juristische, sondern auch die tatsächliche Annexion unter allen Umständen ausgeschlossen sehen. Man erblickt in der Bildung eines mehr oder weniger autonomen Protektorates die Gefahr einer verkappten politischen Eingliederung, zumal da man sehr wohl weiß, daß die wirtschaftliche Bande heute eine überragende Rolle spielen.

Andererseits hat weder die Rechte noch die Linke großes Vertrauen in die politische Zuverlässigkeit der Saarbevölkerung. Man erkennt durchaus den rein opportunistischen Hintergrund ihrer augenblicklichen Sympathien für Frankreich und rechnet ernstlich mit der Möglichkeit des Entstehens einer neuen, nationalsozialistischen Bewegung, deren Parole "Zurück zum Reich" wäre. Aus diesem Grunde mißt man der Ausarbeitung des politischen Statuts der Saar eine große Bedeutung zu, da es nur mit größter Geschicklichkeit gelingen wird, die nationalistische Gefahr zumindest einzudämmen. An ihre gänzliche Beseitigung glaubt niemand recht in Paris.

--- --